

Energie- und Umweltpolitik

Auf der Weltklimakonferenz in Paris haben sich im Jahr 2015 195 Länder auf gemeinsame Ziele zum Schutz unseres Klimas geeinigt. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es auch in Europa einer Energiewende, die von allen Mitgliedstaaten gemeinsam forciert wird. Die mit der Energiewende einhergehende Entwicklung zu mehr volatilen Energiequellen verlangt unserem Energienetz immer mehr Flexibilität ab. Diese Flexibilität, und mit ihr die Versorgungssicherheit, kann nur durch eine stärkere transnationale Vernetzung der Energiesysteme realisiert werden. Eine gemeinsame europäische Energiewende bietet außerdem großes Wachstums- und Innovationspotenzial, dessen Ausschöpfung der EU die globale Vorreiterstellung im Bereich der erneuerbaren Energien zukünftig sichern soll.

Als Bekenntnis eines politischen Willens zur Energiewende fordert !YES die Verschärfung der Klimaziele: Bis 2030 soll der CO₂-Ausstoß um 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden und der Kohleausstieg soll abgeschlossen sein. Bis 2050 soll sich unsere Energieversorgung ausschließlich aus Erneuerbaren Energien speisen und die Treibhausgasneutralität erreicht sein.

Kompetenzerweiterung: Einstimmigkeitsentscheide abschaffen. Die Energie- und Umweltpolitik fällt unter die geteilten Zuständigkeiten der Nationalstaaten und der Europäischen Union. Sowohl EU als auch Mitgliedstaaten erlassen verbindliche Rechtsakte. Insbesondere in Steuerfragen und der allgemeinen Struktur der Energieversorgung der Mitgliedstaaten kann der Rat der Europäischen Union Rechtsakte allerdings nur einstimmig erlassen. Um grenzüberschreitenden Herausforderungen effektiv zu begegnen, reicht das nicht aus. Obwohl die Wahl der Energiequellen den Kern der Energiewende bildet, ist die EU auf diesem Gebiet weitgehend handlungsunfähig. Deshalb soll der Rat der Europäischen Union in den genannten Bereichen zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren übergehen.

Energiewende durch Kulturwandel: Kulturwandel in Bevölkerung, Industrie und Politik fördern. Mit einem neuen Umweltbewusstsein, das sich bereits heute in der breiten Bevölkerung feststellen lässt, hat ein Kulturwandel begonnen. Debatten um Nachhaltigkeit und Klimaschutz rücken somit immer mehr in den öffentlichen Fokus. Eine gezielte Förderung dieses keimenden Kulturwandels kann dazu führen, dass die Bürgerinnen und

Bürger, die Industrie und die Politik der nächsten Generation nachhaltigere Entscheidungen treffen. Sobald die Bürgerinnen und Bürger eine nachhaltige Gestaltung ihres Lebenswerkes höher priorisieren, werden Aspekte wie eine umweltfreundliche Produkt- und Servicegestaltung einen erheblichen Wettbewerbsvorteil darstellen und somit zu einem automatischen Wandel in der Industrie beitragen. Um den Kulturwandel auf möglichst vielen Ebenen anzugehen, muss der Wille aller Mitgliedstaaten, Städte und Regionen der EU zur nachhaltigen Politikgestaltung gefördert werden.

Praktische Maßnahmen zur Förderung des Kulturwandels in der Bevölkerung, der Industrie und der Politik sollen sein:

- Verankerung der Energiewende im Lehrplan, um das Bewusstsein für einen nachhaltigen Lebensstil zu schärfen.
- Kopplung von Industriesubventionen an Nachhaltigkeitsindizes, um insbesondere nachhaltige Unternehmen- und Branchen zu fördern.
- Die Einführung von Förderwettbewerben, um Städten und Regionen einen Anreiz zu bieten, eigene Energie- und Umweltkonzepte zu entwickeln.
- Der Aufbau eines Fördersystems zur Erreichung klimapolitischer Zwischenziele.
- Einführung einer sozialverträglichen CO₂-Steuer

Ein Fördersystem zur Erreichung klimapolitischer Zwischenziele schaffen. Um den politischen Willen in allen Mitgliedstaaten zur Energiewende zu stärken, müssen Anreize und Möglichkeiten von der Europäischen Union geschaffen werden, die Energiewende sozialverträglich zu gestalten. Aus einem neu geschaffenen Topf für die Energiewende soll die EU die Erreichung von Zwischenzielen in der Klimapolitik finanziell belohnen. Dabei sollen den Mitgliedstaaten die zweckgebundenen Mittel im Voraus für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung gestellt werden. Bei Erreichung der jeweiligen Zwischenziele wird die Förderung fortgesetzt. Bei Nichterreichung muss die Fördersumme zurückgezahlt werden. So können sich auch weniger wirtschaftsstarke Mitgliedstaaten leisten, in die Energiewende zu investieren.

Eine sozialverträgliche CO₂-Steuer einführen. In der Reduktion von CO₂ hat es seit zehn Jahren keine erwähnenswerten Fortschritte gegeben. Eine CO₂-Steuer auf europäischer Ebene könnte das ändern. Sie würde für Produkte und Dienstleistungen eine unter Umweltaspekten faire Bepreisung zulassen, ohne die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu

belasten. Denn kombiniert mit einem Energiegeld, das direkt aus den Abgaben pro Kopf an die Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt werden sollte, erhöhen sich Kosten nur für diejenigen mit einem umweltunfreundlichen Lebensstil. Damit wird es also günstiger, emissionsneutraler zu leben. Außerdem besteht in diesem Verfahren ein einfacher Prozess zur Kenntlichmachung klimaschädlicher Produkte und dieses Instrument zahlt somit wiederum auf den Kulturwandel ein, den !YES zu fördern bestrebt ist.

Infrastruktur

Gemeinsamen Rechtsrahmen für die Förderung erneuerbarer Energien schaffen. Ein gemeinsamer Markt braucht gemeinsame Rechtsgrundlagen. Deshalb ist auch die Harmonisierung der Förderung der erneuerbaren Energien auf EU-Ebene notwendig. In den letzten Jahren wurden auf der ganzen Welt verschiedene politische Instrumente zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien ausprobiert. Nach der Best-Practice-Methode soll nun ein Konzept zur gemeinsamen Förderung erneuerbarer Energien erarbeitet werden. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, stärkere grenzübergreifende Kooperationen umzusetzen. Als Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden fällt der ACER hierbei eine entscheidende Rolle zu. Sie muss als Kooperationsplattform gestärkt werden, um aus 28 verschiedenen Energiemärkten einen einzigen zu machen.

Eine europäische Atomaufsichtsbehörde einführen. Bislang gibt es keine offizielle europäische Atomaufsichtsbehörde. Die Western European Nuclear Regulators Association (WENRA) ist lediglich ein freiwilliger Zusammenschluss verschiedener nationaler Behörden ohne explizite Befugnisse. Dabei wären gerade hier eine EU-weite Regelungen von enormer Bedeutung, da Auswirkungen von Unfällen bei Kernkraftwerken ganze europäische Regionen betreffen – unabhängig ihrer nationalen Zugehörigkeit. Zur Schaffung und Einhaltung europäischer Standards in der Kraftwerkssicherheit ist die Einführung einer europäischen Atomaufsichtsbehörde ein entscheidender Schritt.

Mobilität

Alternative Antriebe und Emissionsreduktionen fördern. In der Entwicklung zukunftsweisender Mobilität hat die EU sich von Staaten wie China und den USA abhängen lassen. In dem Glauben, die Industrie mit Steuererleichterungen für den Diesel und zahnlosen Abgasgesetzen zu schonen, hat die EU den Innovationsgeist ihrer Mobilitätsindustrie verspielt. Um die Entwicklung wettbewerbsfähiger Mobilität wieder zu

beschleunigen, braucht die EU ambitioniertere Emissionsgrenzwerte, Mindestquoten für die Zulassung abgasfreier Neuwagen und mehr Mittel zur Förderung von Forschung an Elektrifizierung und Wasserstofftechnologie.

Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Die Mobilitätswende soll nicht nur auf alternativen Antrieben und Emissionsminderung fußen. Mindestens genauso wichtig ist der Wandel hin zu mehr öffentlichem Nah- und Fernverkehr. Dafür braucht es eine groß angelegte Infrastrukturoffensive, um die oftmals schlecht ausgebauten grenzübergreifenden Nah- und Fernverkehrsnetze attraktiver zu machen. Gleichzeitig muss die Abschaffung der Übervorteilung anderer Verkehrsmittel wie zum Beispiel des Flugverkehrs und der Dieselfahrzeuge durch die steuerliche Sonderbehandlung fossiler Brennstoffe forciert werden. Darüber hinaus können Anreize zum Umstieg geschaffen werden, indem Fahrgastrechte sowie Tarif- und Vertriebssysteme harmonisiert werden.

Umweltverschmutzung

Die Plastikflut stoppen. Jährlich gelangen rund 10 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Weltmeere. Behalten wir dieses Tempo bei, wird 2050 mehr Plastik im Meer schwimmen als Fische. Um diesen Trend zu stoppen, muss die Plastikflut drastisch reduziert werden. !YES unterstützt daher den Vorschlag der Kommission, eine Steuer auf Kunststoffe einzuführen. Außerdem soll ein Verbot von Müll-Exporten in Länder, bei denen nicht gesichert ist, dass der Abfall recycelt wird, erschwert werden.

Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit

International Verantwortung in Klimafragen übernehmen. Ein europäischer Alleingang beim Klimaschutz wird den Treibhausgaseneffekt nur wenig begrenzen. Zum einen liegt der Anteil aller Mitgliedstaaten am globalen CO₂-Ausstoß nur bei etwa zehn Prozent, zum anderen sind für das Wachstum des weltweiten Energieverbrauchs vor allem Länder außerhalb der OECD verantwortlich. Effektiver Klimaschutz muss daher im internationalen Kontext gedacht und in die Entwicklungszusammenarbeit integriert werden.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen stärken. Die Europäische Union soll stets als Vorbild in Klimafragen handeln. Um diese Rolle auch im internationalen Kontext entschiedener zu vertreten, soll die EU das Umweltprogramm der Vereinten Nationen

(UNEP) aktiver unterstützen. Insbesondere in dem Ziel, Institutionen und Regierungen bei einem schonenden Umgang mit der Umwelt zu unterstützen, soll sich die EU fördernd einbringen.

Treibhausgasemissionen wirksam reduzieren. Um Maßnahmen gegen den Klimawandel dort zu ergreifen, wo sie am wirkungsvollsten sind, soll als akute Klimahilfe ein gemeinsamer grüner Investitionsfonds eingerichtet werden, der klimafreundliche Projekte in Ländern fördern soll, deren eigene Mittel aufgrund einer geringeren Wirtschaftsleistung beschränkt sind. Die EU soll aktiv Werbung bei anderen OECD-Staaten dafür machen, Mittel zu diesen gemeinsamen Investitionsfond beizusteuern, um den grenzübergreifenden Klimawandel auch grenzübergreifend zu bekämpfen.

Mit einer nachhaltigen Bildungsunion Chancen generieren. Mit strukturierten Programmen, die den innereuropäischen Erasmus-Programmen ähneln, soll die EU einer breiten Masse junger Menschen in Entwicklungspartner-Ländern den Abschluss einer Ausbildung innerhalb der EU ermöglichen. Das Programm umfasst praktische und kaufmännische Lehrberufe sowie Studienmöglichkeiten. Es unterstützt die Teilnehmer finanziell während der Programmdauer, weist Plätze im Wunschstudiengang zu und vermittelt die notwendigen Fähigkeiten, um das gelernte Wissen in den heimischen Markt zu integrieren. Dabei soll eine feste Quote an Studienplätzen im Bereich der nachhaltigen Energietechnik vergeben werden, um einen kontinuierlichen Wissenstransfer zu gewährleisten und das Know-How im Bereich der nachhaltigen Energieversorgung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Energiearmut nachhaltig bekämpfen. Derzeit leben etwa eine Milliarde Menschen ohne Zugang zu Elektrizität. Weitere 2,7 Milliarden Menschen müssen zwar nicht gänzlich ohne Elektrizität auskommen, leben aber dennoch mit einer unzureichenden Stromversorgung. Die Entwicklung lokal angepasster und dezentraler Energiesysteme stellt sicher, dass zusätzlicher Strom bereits ab kleinen Investitionssummen erzeugt werden kann und auch in Haushalten und nicht ausschließlich in Industriegroßanlagen ankommt. Zusätzlich generieren dezentrale Energiesysteme Arbeitsplätze in oft wirtschaftlich schwächeren, ländlichen Regionen. Der Schwerpunkt der nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit der Europäische Union soll daher auf dezentrale Energiesysteme abstellen.